STADT IM BLICK FREIBURG

Ausgabe 3, Juli/August 2022

120 Mio. für Klimawahn

Seite 3

Blitzerkarte zum Herausnehmen

Seite 6-7

Schöner spritzen im Park

Seite 12

KLIMAGAGA

Grüner Klima-Filz in Freiburg?

Seite 4-5

Was Freiburg bewegt

Im Jahr 2022 geht Freiburg vom Corona-Krisenmodus in den Inflationsmodus. Die Tafeln sind am Limit und Freiburg hat ein Mietpreisniveau wie die Millionenstädte Hamburg oder Berlin erreicht.

Foto: privat

Natürlich ist hier alleine Putins Krieg schuld, will man uns glauben machen. Tatsächlich aber nennt das Ifo-Institut die EZB-Gelddruck- und Schuldenaufkaufpolitik, Nachholeffekte nach Corona sowie erhöhte Liefer- und Materialkosten als Hauptgründe der Inflation. Letztere lassen sich auf hohe Energiekosten aufgrund einer verantwortungslosen Energiewende und einer Vielzahl von Klimaauflagen zurückführen. Dabei wird ein Blackout billigend in Kauf genommen. Der Krieg wirkt jetzt als Brandbeschleuniger.

Es fehlt in Freiburg an allen Ecken und Enden. Ungeachtet dessen beschließt der OB am Gemeinderat vorbei den Kauf von Luxuswohncontainern im Wert von mehreren Millionen Euro. Entlastungen für die Bürger? Fehlanzeige.

Stattdessen Parkgebührenirrsinn. Viele Bürgerbriefe erreichten das Rathaus, in denen die Senkung der Anwohnerparkgebühren gefordert werden, die erst letztes Jahr verzwölffacht wurden. Anstatt einzulenken, soll die Parkraumbewirtschaftung auf weitere Gebiete ausgeweitet werden. Auch der nach zwei Coronajahren strauchelnde Innenstadthandel - das traditionsreiche Modehaus Kaiser verließ Freiburg – wird nicht ausreichend unterstützt, sondern es werden Parkkosten für den Konsumenten in die Höhe geschraubt. Stetig und mit Ansage.

Während der Coronapanik hatte sich der OB so einiges geleistet, um seine Treue zum Zeitgeist zu beweisen. Entgegen der Landesverordnung wurden 2G statt 3G Veranstaltungen im letzten Herbst eingeführt. Es wurden gezielt getestete gesunde ungeimpfte Menschen ausgeschlossen. EBM Kirchbach verbreitete fragwürdige Zahlen über den Anteil von Ungeimpften unter Coronapatienten auf Intensivstationen. Auf Nachfrage hat die Stadt gar keine Zahlen. Nach Gutsherrenart wurden im Januar Montagsspaziergänge verboten und der OB betitelte Impfskeptiker pauschal als „Spalter".

Diese Verfehlungen sollen auf der anderen Seite wieder mit Symbolpolitik und Leuchtturmprojekten aufgewogen werden. Trotz leerer Stadtkassen und Haushaltsrüge vom Regierungspräsidium: 120 Millionen für Klimaprojekte, die noch nicht einmal die Stadt kennt. Schaut man genauer hin, liegt grüner Filzverdacht nahe. Die Stadt vergibt Klimagutachten an formal unabhängige Organisationen. Oftmals ist die Stadt an dieser selbst beteiligt oder beglückt die Organisation mit Geld, sicherlich ganz uneigennützig.

Auch bei der Sicherheit Land unter. Letztes Jahr noch den Vollzugsdienst auf Drängen der Linken und Grünen gekürzt, schon wieder Platz 1 der kriminellsten Städte in BW. Polizeipräsident Semling zeichnet diesen Zusammenhang und droht, die Videoüberwachung in der Innenstadt durchzusetzen. Längst überfällig, wenn man bedenkt, dass diese 500.000 € teuren ausgeschalteten Videokameras in der Freiburger Innenstadt bereits ins Schwarzbuch des Steuerzahlerbunds aufgenommen wurden. Eine RTL-Reportage ließ nicht lange auf sich warten.

Einen weiteren unrühmlichen Platz 1 nimmt Freiburg bei der Blitzerdichte unter den BW-Großstädten ein. Eine Anfrage zeigt jetzt, dass diese in der Mehrzahl eben nicht an Unfallschwerpunkten aufgestellt wurden. Es geht ums Kasse machen.

Ein umstrittenes Lieblingsprojekt des OB wackelt bereits. Seinerzeit mit knapper Mehrheit abgestimmt, kostet der klimaneutrale, barrierefreie, inklusive und auch sonst irgendwie ganz tollbunte Stadtteil Dietenbach die Stadt bereits jetzt 100 Millionen. Anstatt selbst im sozialen Wohnungsbau tätig zu werden, wird eine für Investoren unattraktive 50% Sozialquote im Wohnbau festgelegt. Auch die Vergabe der Grundstücke in Erbpacht macht die Angelegenheit nicht besser. Nun steigt wohl auch noch die Sparkasse aus der Vermarktung der Grundstücke aus. Der Pleitegeier fliegt immer näher, was unser Rathaus und erst recht die links-grüne Mehrheit kaum stört. Dietenbach wird kommen, lässt die Bürgermeisterbank verlauten. Mit oder ohne Pleite ist uns egal, scheint das Motto zu sein.

Kein gutes Omen für eine Stadtpolitik, welche an den Bedürfnissen der Bürger vorbei geht, meinen die AfD-Stadträte Dr. Detlef Huber und Karl Schwarz. Sie wünschen gute Lektüre der nachfolgenden Seiten, welche sich wie ein Schwarzbuch der Freiburger Stadtpolitik lesen.

Klimagaga im Gemeinderat

Auszug aus den Reden von StR Dr. Huber zur Ausgabenorgie in Sachen Klima

Foto: Roman Samborskyi, Shutterstock

Stellen Sie sich kurz einmal vor, Sie würden in einem Unternehmen der Privatwirtschaft arbeiten, wo Sie für Wertschöpfung bezahlt werden und nicht vom Steuerzahler. Dort stellen Sie Ihrem Vorgesetzten einen Plan für ein ganz großartiges Klimaschutzprojekt vor. Sie sind vielleicht Klimaschutzbeauftragte oder sogar Head of Risk and Compliance. Sie gehen also zu Ihrem CEO, Herrn Breiter, oder CEO, Herrn Horn, und machen folgenden Vorschlag:

- Wir möchten in den nächsten 6 Jahren 120 Millionen ausgeben
- Davon bekommen wir vielleicht – so hoffe ich zumindest – 48 Millionen an öffentlichen Förderungen, das ist aber alles andere als sicher
- Wofür wir das ausgeben wollen und was das bringen soll, weiß ich auch nicht. Ein 6 Jahres Plan wird noch erstellt und wir müssen auch ein geeignetes Verfahren entwickeln, um die Maßnahmen zu bewerten
- Welche Projekte wir umsetzen wollen wissen wir auch nicht, wir haben ca. 200 zur Auswahl, davon einige, die von einer Jugendgruppe vorgeschlagen wurden
- Ich würde auch gerne noch einen Rat gründen, der die Projekte bewertet und zusätzliches Personal benötigen wir auch

Das ist so ziemlich genau daß, was in dieser völlig unzulänglichen Druckvorlage steht, nämlich nichts außer dem unbedingten Willen ganz viel Geld in die Hand zu nehmen. Für was auch immer, solange Klimaschutz draufsteht.

Jeder Finanzchef würde bei so einem Vorschlag in Gelächter ausbrechen oder Sie auf die Straße setzen. In der Stadt sind wir da natürlich milder mit einem politisch besetzten Posten, da spielt es keine Rolle, wenn sich Inkompetenz mit Ignoranz paart. Trotzdem muß der Gemeinderat einschreiten und sagen: so bitte nicht. Mit dem Ansatz laufen wir sehenden Auges in eine Haushaltssperre.

Also stellen Sie uns die Projekte und die Kosten zusammen, und bitte auch den Nutzen gegenüber. Wir möchten außerdem wissen, wie Ihr Fachbeirat aussehen soll und was der kostet und wie viele Stellen Sie zusätzlich anbauen wollen.

Sehr geehrter OB Horn,

Das Volumen dieser Vorlage ist so gigantisch, daß jeder verantwortungsvolle Gemeinderat nicht anders kann, als Ihnen zu sagen: bitte schärfen Sie hier noch einmal gehörig nach, damit wir wissen, worüber wir abstimmen außer über 120 Millionen für irgendetwas mit Klima.

Wir wissen nicht im Ansatz, welche Projekte finanziert werden sollen, wie der Rat aussieht, der diese bewertet und es gibt – auch das sagt die Vorlage, kein geeignetes Verfahren zur Berechnung des CO2 Budgets. Dies soll im Austausch mit anderen Städten erst noch entwickelt werden.

Wenn uns in Freiburg das Geld aus den Ohren kommen würde, könnte man das ja hinnehmen. Das ist aber nicht der Fall. Wir haben eine Rekordverschuldung des städtischen Haushaltes, nach wie vor hohe Belastungen durch die Coronamaßnahmen und eben auch andere städtische Aufgaben, die nicht minder wichtig sind wie die Rettung des Weltklimas auf Kosten der Freiburger Steuerzahler. Wenn wir diese Vorlage so verabschieden, laufen wir zum nächsten Haushalt sehenden Auges in die Haushaltssperre. Das würden wir gerne verhindern.

Wir als Gemeinderat – vor allem Sie, Herr Horn – sind außerdem unehrlich zu den Bürgern, die neben maßvollem Einsatz um die Folgen des Klimawandels abzufedern eben auch andere Projekte verwirklicht sehen wollen. Das sind sanierte und neue Schulen und Bildungseinrichtungen, intakte Sportanlagen, das Freibecken im Westbad und vielleicht sogar ein neues Eisstadion.

Ich erinnere mich noch gut, wie Sie Herr Horn den Gemeinderat ganz zu Beginn dieser Wahlperiode in die Freiburger Messe eingeladen hatten, um Prioritäten zu besprechen. Alles Show. Schon bei der ersten Haushaltsverabschiedung haben sie – am Gemeinderat vorbei – wichtige Projekte von der Tagesordnung gestrichen. Übriggeblieben sind absurde Summen für Fahrradwege und Klima. Jetzt geht das Spiel von vorne los. Sie oder Herr Breiter werden gleich sagen, daß dies alles unter Vorbehalt steht und erst mit dem nächsten Doppelhaushalt endgültig beschlossen und vielleicht geändert wird. Und doch wissen Sie, daß dies formell so sein mag, faktisch aber eine Vorfestlegung ist. Eine Vorfestlegung auf „alles für´s Klima". Wo der Bürger mit profanen Anliegen wie Sicherheit, Bildung, Sport, Soziales, Kultur etc. bleibt, das wird man dann am Ende sehen.

Seien Sie wenigstens so ehrlich und schenken den Freiburgern reinen Wein ein in Sachen Freibad West – es wird nicht kommen, wenn wir dies heute so beschließen – und in Sachen Eisstadion, das in der Tat noch schwieriger umzusetzen ist. Die Schüler der DFG müssen trotz Widerstand in einen Altbau ziehen, das Bertoldgymnasium wird baulich nicht erweitert. Es wäre schön, wenn Sie diese Ehrlichkeit besäßen. Herr Breiter hatte auf diese Frage im letzten Hauptausschuss ausweichend geantwortet. Aber vielleicht haben Sie mehr Mut. Vielen Dank.

Grüner Filz?

Wie unabhängig sind Organisationen, an denen die Stadt beteiligt ist, die Gelder von der Stadt erhalten. Wie neutral sind dort bestellte Gutachten. Wenn personelle Verflechtungen hinzu kommen, ist das noch Filz oder schon normal?

Foto: Adobe Stock, kucherav

Jahr um Jahr wird mehr Geld für den sogenannten Klimaschutz bereitgestellt. Gleichzeitig macht die Stadt Rekordschulden und streicht Projekte für Kultur und Sport. Die AfD hat sich einmal genauer angeschaut, wohin diese Mittel fließen und stieß auf Erstaunliches.

Neben 14 (!) Klimaschutzmanagern im Umweltschutzamt gibt die Stadt Klimaschutzgutachten und -konzepte in Auftrag. 2011 und 2019 hat die Stadt Klimaschutzkonzepte bei der „unabhängigen" Forschungs- und Beratungseinrichtung „Öko-Institut"eingekauft. 2017 wurden bei Beschlussfassung zur Fortschreiburg des Klimaschutzkonzepts 145.000€ veranschlagt (G-17/157). Dieses wurde von Öko-Institut, Freiburg und ifeu-Institut, Heidelberg zum 14.01.2019 veröffentlicht und vom Gemeinderat am 9.4.2019 zustimmend zur Kenntnis genommen (G18/179). Grundlage für härtere und kostenintensivere Klimaschutzmaßnahmen.

Auffallend für ein „unabhängiges Institut" ist, dass der Leiter des Freiburger Nachhaltigkeitsmanagements im Persönlichen Referat des Oberbürgermeisters, Sebastian Backhaus im Vorstand jenes Instituts sitzt. Dass dieser mit seiner Firma Wahlkampf-Apps für die Grünen entwickelte, hatte natürlich auf die Besetzung der städtischen Stelle genauso wenig Einfluss, wie das grüne Parteibuch von Frau Buchheit bei der Besetzung des Postens der Umweltbürgermeisterin 2020.

Ein weiteres Lieblingsprojekt: Freiburg als Greencity. Laut Drucksache G-15/009 wurden für die Klimaschutzteilkonzepte Gewerbegebiet Hochdorf und Industriegebiet Nord 75.000€ berappt, wovon die Stadt die Hälfte der Kosten trug. Im Gegensatz zur Klimaschutzoffensive eine kleine Summe, aber wer profitiert davon? In Auftrag gegeben wurde das Konzept bei der Energieagentur Regio Freiburg.

Hier ist die Stadt, neben dem „Klimaschutzpartner im Handwerk" und der „FESA e.V." zu gleichen Teilen Gesellschafter. Soviel zur Unabhängigkeit dieser Agentur.

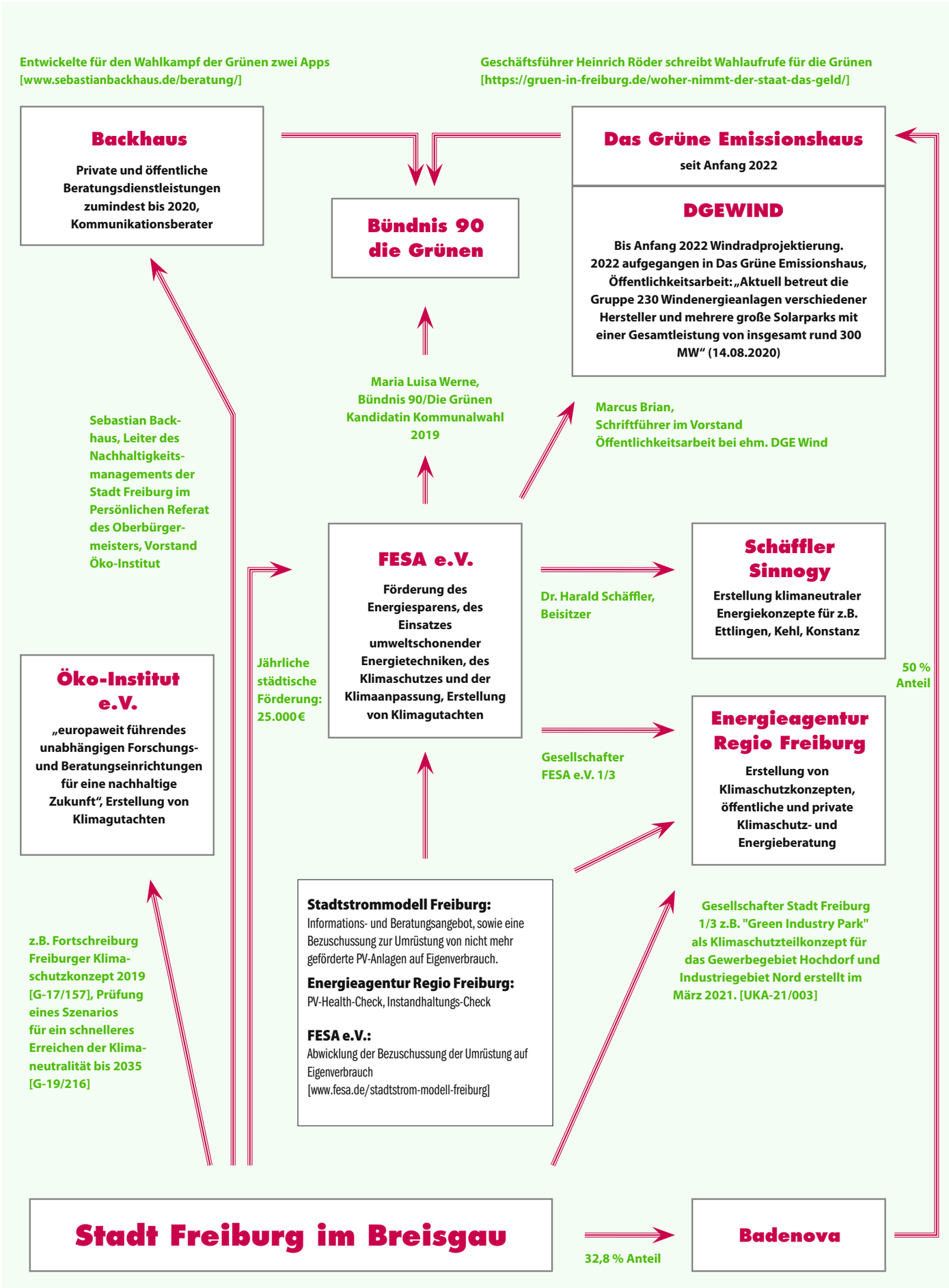
Erschwerend hinzu kommt, dass auch FESA e.V., ein Unternehmen welches Energiesparen und Klimaschutz fördern will, von der Stadt wiederum mit 25.000€ pro Jahr alimentiert wird. FESA e.V. tritt beispielsweise als „Treuhänder für die Regio Solarstromanlagen" auf Dächern des Kepler Gymnasiums oder der Weiherhof-Grundschule auf. Daneben hat dieses Unternehmen ein weiteres interessantes Geschäftsfeld erschlossen – die Umrüstung von nicht mehr geförderten Photovoltaik-Anlagen. Die Energieagentur Regio Freiburg übernimmt die Beratung und FESA e.V. die Abwicklung der städtischen Bezuschussung, sozusagen als Monopolist von Gnaden der Stadt.

Wie neutral und unabhängig sind die städtisch beauftragten Klimakonzepte/-gutachten tatsächlich ?

Für FESA e.V., also dem Unternehmen, welches einen städtischen Zuschuss erhält und gleichzeitig von öffentlichen Aufträgen profitiert, sitzen Dr. Harald Schäffler, Geschäftsführer von „Schäffler sinnogy" und Marcus Brian ehemals Firma „DGEWIND" im Vorstand. Dr. Schäffler verdient sein Geld ebenfalls mit der Erstellung von Klimaschutzkonzepten für Städte wie Kehl oder Konstanz. DGEWind verwaltete einen Fond für Erneuerbare Energien und beschäftigte sich mit der Projektierung von Windrädern. Zuletzt wurden nach Selbstauskunft 230 Windenergieanlagen verschiedener Hersteller und mehrere große Solarparks mit einer Gesamtleistung von insgesamt rund 300 MW betreut. Nun firmiert diese Unternehmung als „Das grüne Emmissionshaus" mit 50%-Beteiligung der Badenova. Herr Heinrich Röder, Geschäftsführer des Unternehmens hatte zur letzten Landtagswahl noch Werbung für die Grünen auf deren Netzseite gemacht. Die Schatzmeisterin von FESA e.V. Maria Luisa Werne unterstützte die Grünen sogar mit ihrer Kandidatur zur Kommunalwahl 2019.

Beurteilen Sie selbst, ob wir es mit einem grünen Klima-Filz zu tun haben oder wie neutral und unabhängig die städtisch beauftragten Klimakonzepte/-gutachten tatsächlich sind.

Wir als AfD-Gruppe bleiben am Thema weiter für Sie dran und haben dazu und weiteren personellen Verflechtungen der Stadt mit ihren Auftragnehmern im Bereich Klima eine Anfrage gestellt. Wir werden die Volumina, sowie Ersteller der Konzepte genauer unter die Lupe nehmen. Wir wollen wissen, wie deren Gesellschafterstruktur aussieht und welche Geschäftsbeziehungen die Stadt zu ihnen unterhält. Wir wollen sicherstellen, dass die Gutachten unabhängig und neutral erstellt werden. Wir befürchten jedoch, weitere Interessenskonflikte zu Tage zu fördern.


Entwickelte für den Wahlkampf der Grünen zwei Apps [www.sebastianbackhaus.de/beratung/]
Geschäftsführer Heinrich Röder schreibt Wahlaufrufe für die Grünen [https://gruen-in-freiburg.de/woher-nimmt-der-staat-das-geld/]
Backhaus
Private und öffentliche Beratungsdienstleistungen zumindest bis 2020, Kommunikationsberater
Bündnis 90 die Grünen
Das Grüne Emissionshaus
seit Anfang 2022
DGEWIND
Bis Anfang 2022 Windradprojektierung. 2022 aufgegangen in Das Grüne Emissionshaus, Öffentlichkeitsarbeit: „Aktuell betreut die Gruppe 230 Windenergieanlagen verschiedener Hersteller und mehrere große Solarparks mit einer Gesamtleistung von insgesamt rund 300 MW“ (14.08.2020)
Maria Luisa Werne, Bündnis 90/Die Grünen Kandidatin Kommunalwahl 2019
Marcus Brian, Schriftführer im Vorstand Öffentlichkeitsarbeit bei ehm. DGE Wind
Sebastian Backhaus, Leiter des Nachhaltigkeitsmanagements der Stadt Freiburg im Persönlichen Referat des Oberbürgermeisters, Vorstand Öko-Institut
FESA e.V.
Förderung des Energiesparens, des Einsatzes umweltschonender Energietechniken, des Klimaschutzes und der Klimaanpassung, Erstellung von Klimagutachten
Dr. Harald Schäffler, Beisitzer
Schäffler Sinnogy
Erstellung klimaneutraler Energiekonzepte für z.B. Ettlingen, Kehl, Konstanz
Jährliche städtische Förderung: 25.000 €
50 % Anteil
Öko-Institut e.V.
„europaweit führendes unabhängigen Forschungs- und Beratungseinrichtungen für eine nachhaltige Zukunft“, Erstellung von Klimagutachten
Gesellschafter FESA e.V. 1/3
Energieagentur Regio Freiburg
Erstellung von Klimaschutzkonzepten, öffentliche und private Klimaschutz- und Energieberatung
Stadtstrommodell Freiburg:
Informations- und Beratungsangebot, sowie eine Bezuschussung zur Umrüstung von nicht mehr geförderte PV-Anlagen auf Eigenverbrauch.
Energieagentur Regio Freiburg:
PV-Health-Check, Instandhaltungs-Check
FESA e.V.:
Abwicklung der Bezuschussung der Umrüstung auf Eigenverbrauch
[www.fesa.de/stadtstrom-modell-freiburg]
Gesellschafter Stadt Freiburg 1/3 z.B. "Green Industry Park" als Klimaschutzteilkonzept für das Gewerbegebiet Hochdorf und Industriegebiet Nord erstellt im März 2021. [UKA-21/003]
z.B. Fortschreiburg Freiburger Klimaschutzkonzept 2019 [G-17/157], Prüfung eines Szenarios für ein schnelleres Erreichen der Klimaneutralität bis 2035 [G-19/216]
Stadt Freiburg im Breisgau
32,8 % Anteil
Badenova

Blitzerstandor

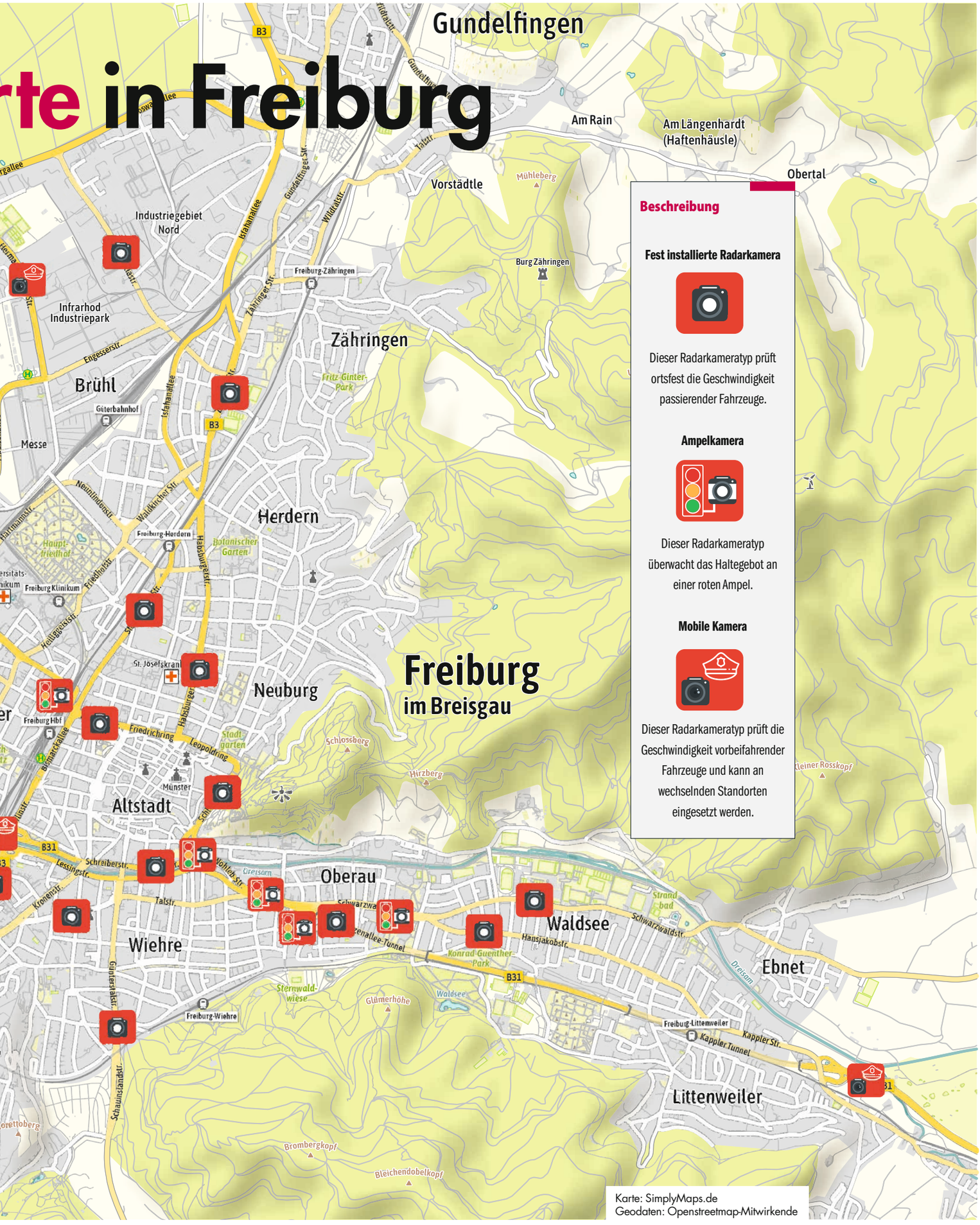
Die AfD-Gruppe im Internet:

http://afd-stadtrat-freiburg.de

https://www.facebook.com/AfDStadtratFR

https://www.instagram.com/freiburgsalternative

rte in Freiburg



Karte: SimplyMaps.de
Geodaten: Openstreetmap-Mitwirkende

Blitzerhauptstadt Freiburg

Erster Platz in BW, Zweiter Platz in Deutschland. 6,9 Millionen € Bußgeldeinnahmen. 9 neue Messstellen allein 2020.

Laut Berechnungen der Berliner Kanzlei Goldenstein belegt Freiburg mit 22,3 Blitzern pro 1000ha (10km2) Straßenfläche am Tag in Baden-Württemberg den ersten Platz in Sachen Blitzerdichte. Die BZ titelt „Freiburg ist die "Blitzerhauptstadt" von Baden-Württemberg. Auf nationaler Ebene im Vergleich der 40 größten Städte wird sie nur noch getoppt von Wuppertal mit 34 Blitzern pro 1000ha und Tag. Dabei überholt Freiburg die Landeshauptstadt Stuttgart (21,4) und Bundeshauptstadt Berlin (6,4) um Längen. In Magdeburg hingegen scheint die Stadtverwaltung das größte Vertrauen in die Disziplin seiner Pendler und Autofahrer zu haben. Laut Kanzlei Goldenstein stehen in Freiburg 18 stationäre und 1,1 mobile Blitzer am Tag auf einer Straßenfläche von 856 ha (8,56 km2). Auf 1000 ha gerechnet ergibt sich 22,3 Blitzer/Tag. Laut Aussage der Stadt auf eine Anfrage der BZ vom 07.01.22 seien 15 stationäre und 3 mobile Blitzer im Einsatz.

Die beiden Hauptargumente gegen den Blitzerwildwuchs hat die Westdeutsche Zeitung zusammengefasst: Blitzer werden nicht an den unfallreichsten Stellen, sondern dort aufgestellt, wo man besonders abkassieren kann und Blitzer ändern das Fahrverhalten nicht. Mit einer Anfrage hat die AfD die Stadt sich erklären lassen. Demnach seien zum Stand 16.03.2022 20 stationäre Messanlagen in Betrieb, das ergibt zusammen mit 1,1 mobilen Blitzern/Tag eine Blitzerdichte von 24,5/Tag. Unter Einbeziehung von 3 mobilen Blitzern ergibt sich eine Blitzerdichte von 26,4/Tag. Damit übertrumpft Freiburg das drittplatzierte Bonn um 4,8 Blitzer/Tag (Stuttgart um 5 Blitzer/Tag) und liegt nur noch 7,6 Blitzer/Tag hinter Spitzenreiter Wuppertal im Ruhrgebiet, dem größten Ballungsraum Deutschlands mit 5,1 Mio. Einwohnern. In der städtischen Auswertung werden nur vier von 20 stationären Messstellen mit Unfallschwerpunkten begründet. Bei 14 von 20 Stellen wird Lärmschutz angeführt. Die vier Unfallschwerpunkte machen 60795 Übertretungen (32,4%) 2021 aus, während die restlichen Anlagen zusammen 127064 (77,6%) Übertretungen registrierten, 113427 (60,4%) waren allein auf Lärmschutzbegründungen für die Standorte zurückzuführen. Bei den mobilen Blitzern sieht es nicht besser aus. Die Stadt hat 2021 an 17 Messstellen in Nähe von Schulen und Kindergärten gemessen und dabei 99.479 Fahrzeuge erfasst, wovon 4,61% zu schnell waren. Dagegen ist nichts einzuwenden. Jedoch wurden an der mobilen Messstelle „B31/Brücke Lehen“ alleine 321.174 Fahrzeuge im selben Zeitraum gemessen. Keine der TOP-5 häufigsten kontrollierten Messstellen mit Einrichtungsbezug befinden sich unter den TOP-10 der Messstellen mit den meisten erfassten Fahrzeugen.

Diese Ergebnisse unterstützen die Kritik, die Aufstellung der Blitzer diene vorrangig der Einnahmengenerierung und nicht der Verkehrssicherheit. Die Frage,

Foto: privat

ob sich durch die Blitzer das Fahrverhalten an Schulen, Kindergärten und Gefahrenstellen positiv verändert habe, bejaht die Stadt. So haben sich die Übertretungen Tunnel B31/ Unfallgefahrenstelle Ausfahrt Schützenalleetunnel von 2017 auf 2021 halbiert. Tatsächlich gab es hier eine Reduktion in Höhe von 47,7%. Beachtet man jedoch die coronabedingte Verkehrsverringerung, scheint ein Einmaleffekt eine bessere Erklärung zu sein. Laut der internationalen Untersuchung "Global Traffic Scorecard 2020" des Verkehrsanalysen-Anbieters Inrix, liege „im Februar 2021, ein Jahr nach Beginn der Corona-Krise, […] die Anzahl der Fahrten in die Innenstädte immer noch 40 Prozent unter dem Vorkrisen-Niveau von Februar 2020". An den 3 Messstellen an der B31, „Dreisamstraße/B31“, „Schwarzwaldstr./B31 auswärts“ und „Schwarzwaldstr./B31 Fabrikstr. sollen die Übertretungen sogar um 2/3 reduziert worden sein. Tatsächlich wird hier eine Abnahme von 64,3% verzeichnet. Komischerweise sind die Übertretungen an jenen Stellen zuvor von 2018 auf 2019 um den Faktor 8,5 angestiegen, was die Repräsentanz dieser Ergebnisse erheblich verschlechtert.

Vergleicht man die Geschwindigkeitsüberschreitungen an den 11 Messstellen, welche seit 2017 Ergebnisse liefern, lässt sich ein Rückgang um 1,6% bis 2019 und 45,7% bis 2021 beobachten. Wenn man beachtet, dass der Verkehr um bis zu 40% in der Coronazeit abnahm, lässt sich kein großer Einfluss auf das Verkehrsverhalten feststellen.

Man könnte meinen, der Coronaeffekt würde sich auch in den städtischen Einnahmen aus der Geschwindigkeitsmessung widerspiegeln. Diese bewegen sich aber auf relativ konstantem Niveau mit 6,7 Mio. € 2017 und 6,9 Mio. € 2020. Dies liegt aber daran, dass die Stadt allein 2020 9 neue Messstellen eingerichtet hat. Der Coronaeffekt zeigt sich jedoch darin, dass die Stadt sich im Haushaltsansatz 2020 9,1 Mio. € an Einnahmen, also 2,2 Mio. € mehr als 2019 erhofft hat. Zudem ist das Blitzen mit jährlichen Kosten von 3 Mio. im Vergleich zu einer Steuer oder City-Maut in Höhe der Netto-Einnahmen ziemlich ineffizient und für die Autofahrer unvorteilhaft.

Für 2022 können sich also Freiburgs Pendler und der Tourismussektor wieder auf mehr Strafzettel bzw. eine niedrigere Attraktivität bei Besuchern einstellen.

Blitzerdichte auf 1000 ha

Straßenfläche/Tag der 40 größten Städte (Stand 04.01.2022, Kanzlei Goldenstein)

Wuppertal (34)
Freiburg (22,3) (26,4 lt. Stadt/BZ)
Bonn (21,6)
Stuttgart (21,4)
Bremen (20,9)
[...]
Durchschnittswert (11,8)
[...]
München (9,5)
Hamburg (8,8)
Berlin (6,4)
[...]
Braunschweig (3)
Krefeld (1,7)
Magdeburg: (0,9)

Das große alternative Stadträte-Interview

Im Gespräch „Stadt im Blick“ mit Karl Schwarz

Stadt im Blick: ***Herr Schwarz, Sie sind als Stadtrat nachgerückt. Wie bewerten Sie Ihren ersten Monat im Gremium?***

Schwarz: Spannend und aufschlussreich, Politik der kleinsten Ebene am Puls der Bürger mitzuerleben und mitzugestalten, erfüllt mich mit großem Stolz. Am besten gefiel mir die Aufsichtsratssitzung Stadion im Eindruck des Spielerfolgs des SC. Als SC Fan und in Anerkennung der Beliebtheit des Vereins sehe ich den Neubau als gelungenes Beispiel von Sportförderung. Die AfD unterstützt Sportförderung und sieht dies als verbindendes Element in der Stadtgesellschaft. Diese ist jedoch unzureichend bei Sportarten mit weniger Werbeeinnahmen, dies zeigt sich an der dauernden Aufschiebung des neuen Eisstadions.

Stadt im Blick: ***Wie ist Ihr Verhältnis zu den Kollegen der anderen Fraktionen?***

Schwarz: Mit den anderen Fraktionen herrscht ein respektvoller und freundlicher Umgang. Man kommt ins Gespräch über Politik und Gesellschaft, auch wenn bisher noch keine Zusammenarbeit angeboten wurde. Die Mitglieder der linksgrünen Fraktionen scheinen hingegen grundlegende Umgangsregeln nicht zu kennen, sie weichen selbst einem freundlichen Blick aus. Ich möchte in der laufenden Legislaturperiode gerne eine sachliche Zusammenarbeit mit allen interessierten Fraktionen abstimmen. Die Wähler der AfD müssen endlich Berücksichtigung im politischen Prozess in der Stadt in Freiburg finden!

Stadt im Blick: ***Wie können Sie Ihre Erfahrungen und Fähigkeiten als Marinesoldat und Handwerksmeister in den Gemeinderat einbringen?***

Schwarz: In der Marine war ich ebenso wie die Stadt heute mit Krisensituationen konfrontiert. Insbesondere auf dem Mittelmeer habe ich die Pulleffekte, welche von der Bundesregierung geschaffen wurden für die gefährliche Überfahrt von jungen Männern aus Afrika und dem arabischen Raum hautnah miterlebt. Diese unverantwortliche Politik zu Lasten der Sicherheit und des Wohlstandes in Deutschland, aber auch die falsche und oft tödliche Hoffnung, welche diesen jungen Männern gemacht wird, hat mich politisiert. Oftmals gab es Konfrontationen mit Piraten am Horn von Afrika. Wir mussten schnelle Entscheidungen treffen, unter Berücksichtigung unserer Mission, Piraten zu bekämpfen und der Sicherheit meiner Kameraden. Ich weiß in Krisensituationen kühlen Kopf zu behalten und die Interessen meiner Wähler und der Freiburger voranzustellen. Konkret möchte ich die Stadt stoppen, wenn diese überhastete Entscheidungen trifft. Da fällt mir insbesondere die Beschaffung von Luxuswohncontainern für Ukraineflüchtlinge, ohne Unterrichtung des Stadtrats über die Angebote. Als Handwerksmeister für Sanitär und Heizungsbau kenne ich die freie Wirtschaft und weiß praktische Probleme zu lösen. Ich erlebe, wie die letzten Jahre zu wenig für den Nachwuchs im Handwerk getan wurde, wir haben Nachwuchsprobleme während Gesellschaftswissenschaftler mit staatlichen Auffangstellen vor der Arbeitslosigkeit gerettet werden. Hier muss ein Umdenken her. Ausbildung und Lehre müssen attraktiver werden. Wohnen wird teurer in Freiburg, viele Familien leben bereits am Rand

Foto: privat

der Stadt. Preise für Handwerksleistungen explodieren. Verantwortlich sind hier viele linksgrüne kommunale Auflagen. Hier muss die Stadt entgegen steuern und bezahlbaren Wohnraum schaffen.

Stadt im Blick: ***Sie haben gegen alle Widerstände im linksgrünen Freiburg bei der Landtagswahl jeden 17. Freiburger von sich überzeugen können. Welchen Auftrag sehen Sie darin und von welcher Seite lernten Sie die Stadt kennen?***

Schwarz: Ich sehe einen klaren Auftrag nächstes Mal jeden 6. Wähler zu überzeugen. Ich möchte weiter die Interessen meiner Wähler vertreten, die bei den etablierten keine Stimme haben. Insbesondere haben mich Freiburger aus dem Freiburger Westen unterstützt. Oftmals Leute, welche mit beiden Beinen im Leben stehen, eine Familie ernähren und mit einem kleineren Einkommen auskommen müssen.

Stadt im Blick: ***Welchen weiteren Themen möchten Sie sich im Stadtrat besonders widmen?***

Schwarz: Ich möchte Mittelstand und Handwerk durch Liberalisierung von Auflagen und Senkung von Steuern unterstützen. Jugendliche sollen wieder für das Handwerk begeistert werden.

Stadt im Blick: ***Man könnte sagen Freiburg war und ist eines der Widerstandsnester gegen die überbordenden Corona-Maßnahmen. Mit bis zu 7000 Teilnehmern sah die Freiburger Antifa alt aus. Wie stehen Sie zu den Protesten?***

Schwarz: Ich unterstützte die Demos mit meiner mehrmaligen Teilnahme. Ich finde es wichtig, dass Bürger sich nicht nur in Parteien, sondern auch solchen Initiativen für sich und andere engagieren. Der Staat hat seine Grenzen kennengelernt. Wir haben mit diesen Demos und der AfD-Fraktion im Bundestag die Impfpflicht verhindert. Wir werden weiter die Demos und den Freiburger coronakritischen Autokorso unterstützen, mit unserer Teilnahme, unseren Reden im Stadtrat und Anfragen, mit denen wir die Coronalügen weiter aufdecken. Die AfD-Gruppe forderte unter anderem die Schulen wieder zu öffnen und alle Corona-Maßnahmen fallen zu lassen. Nun fordert die AfD-Gruppe die Gremiensitzungen vom Bürgerhaus Zähringen in das Innenstadtrathaus zurückzuholen.

Stadt im Blick: ***Freiburg ist seit diesem Jahr wieder kriminellste Stadt Baden-Württembergs. Wie sollte die Stadt das Problem angehen?***

Schwarz: Entgegen der linksgrünen Mehrheit im Gemeinderat, die Ordnung und Regeldurchsetzung als Bedrohung sehen und den Vollzugsdienst kürzt, möchte ich mich beim Land für eine bessere Ausstattung an Polizeikräften und in der Stadt für eine Aufstockung des Vollzugsdiensts einsetzen. Diese Kräfte bedürfen aber politischer Kontrolle und dürfen nicht gegen friedliche aber politisch unkonforme Demonstranten z.B. bei Anti-Impfpflicht Demos eingesetzt werden. Das sicherheitspolitische Hauptproblem wurde von uns früh benannt: Der organisierte Linksextremismus ausgehend vom KTS und Migrantenkriminalität im Zuge des fehlenden Abschiebewillens der Bundesregierung von Illegalen. Freiburg muss den Titel der kriminellsten Stadt Baden-Württembergs abgeben. Freiburg darf nicht mehr wie im VS-Bericht 2019 als Zentrum des gewalttätigen Linksextremismus genannt werden. Auch darf Freiburg durch sein zweifelhaftes Engagement im Bündnis sicherer Häfen keine weiteren Pull-Faktoren schaffen.

Stadt im Blick: ***Die Freiburger Bürger stehen immensen Preissteigerungen gegenüber. Die Tafel muss Lebensmittel rationieren. Und die Stadt verzwölffacht die Anwohnergebühren. Ist soziale Politik in Freiburg noch möglich?***

Schwarz: Wir müssen unsere Bürger entlasten, Parkgebühren runter, günstiger Wohnbau und unsere Tafeln müssen unterstützt werden. Auch viele Kulturprojekte mit sozialem Bezug wurden im Rahmen knapper Kassen zusammengestrichen. Millionen für Klimagrößenwahnsinn, städtischer Grundstücksanhäufung und Migrationsprojekte verhindern Investitionen in soziale Infrastruktur, wie Kindergärten, Kindergärten, Schulen und Schwimmbäder.

Freiburg wieder kriminellste Stadt

Freiburg ist wieder kriminellste Stadt in Baden- Württemberg.
Videokameras sind ohne Funktion und der Vollzugsdienst wurde zusammengekürzt

Wie in der letzten Ausgabe Stadt im Blick befürchtet, ist Freiburg nach der Zusammenkürzung des Vollzugsdiensts wieder kriminellste Stadt in BW. 2019 und 2020 hatte Freiburg diesen unrühmlichen Platz verlassen. Während die Straftaten in anderen Polizeibezirken rückläufig waren und in Südbaden stagnierten, stiegen sie in Freiburg um 4,1%. Fairerweise muss man dazu sagen, dass dies den zweitniedrigsten Wert der letzten 10 Jahre in Freiburg darstellt. Jedoch lohnt sich der Blick, welche Straftatbestände zugenommen haben. Insbesondere ist hier eine Zunahme der Straftaten gegen das Leben um 22,2% zu nennen, während auf die Stadt Freiburg bereits über die Hälfte aller Fälle in den Kreisen Freiburg, BRHS, Lörrach, Waldshut, Emmendingen (PP Freiburg) entfallen. Die Rauschgiftkriminalität stieg um 100 Fälle und somit um 4,9%. Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung stiegen um 126 Fälle und somit um 50%.

Polizeipräsident Semling sieht einen direkten Zusammenhang mit der grünlinken Gemeinderatsentscheidung,

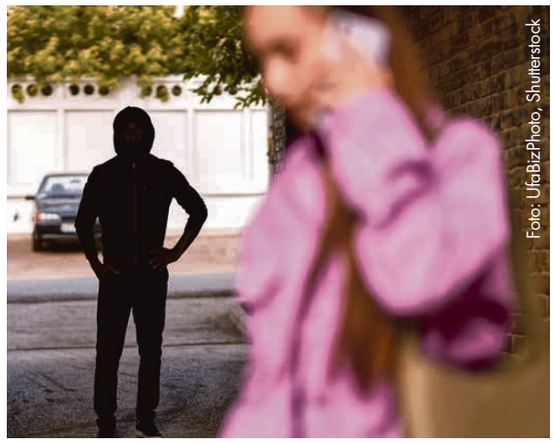


Foto: UfaBizPhoto, Shutterstock

im Rahmen der Haushaltsverhandlungen 2021/22 die Stellen im Vollzugsdienst (VD) zu halbieren. Verstärkt werde dieser Effekt dadurch, dass das Freiburger Präsidium die meisten Straftaten, aber nur die viertbeste Personalausstattung besitzt.

Die AfD forderte schon während der Kommunalwahl und seitdem im Stadtrat, die Polizeikräfte aufzustocken und den Aufbau bzw. Verstärkung des kommunalen Vollzugsdiensts. Die Freiburger Bürger wählten Sicherheit auf TOP3 der wichtigsten Themen im Haushalt und 64% der Bürger in der Studie „Sicherheit in Freiburg“ bewerten den Vollzugsdienst als positiv für das Sicherheitsempfinden.

Trotz dieser Fakten wurde der VD von 17 auf 11 Stellen reduziert, was einer Kürzung von 7 auf 4,8 Stellen auf 100.000 Einwohner entspricht. Dies ist die geringste Dichte aller Städte mit solch einem Dienst in BW. Der Freiburger Weg der deeskalierenden niederschwelligen Ansprache, wird von Polizei und Stadt als Erfolgsmodell gesehen. Seit der Reduktion im April 2021 macht sich ein „strukturelles Vollzugsdefizit im gesamten Stadtgebiet bemerkbar“, laut Stadt. Die Einhaltung der kommunalen Polizeiverordnung zur Sicherung der öffentlichen Ordnung könne nur noch eingeschränkt kontrolliert werden. Von Mai bis November 2021 konnten 116 Lärmschutzbeschwerden, die Anwohner des Seeparks können ein Lied davon singen. Neben Beschwerden wurden auch Wohngebiete priorisiert, sodass St. Georgen, Landwasser, am Seepark oder Opfinger See laut Stadt nur noch unzureichend bestreift werden konnten. Auch wird die Polizei stärker belastet, da der VD nicht rechtzeitig niederschwellig eingreifen kann, sodass diese bei fortgeschrittener Eskalation mit entsprechenden Kräften vor Ort sein muss.

Mehrere Studien weisen darauf hin, dass Straftaten gesenkt und die Aufklärungsquote bei Videoüberwachung in Gefahrenbereichen erhöht werden kann. Nun hat die Stadt 2020 an 13 Stellen in der Innenstadt 16 Kameras installiert. Unsere AfD Anfrage ergab für die nicht angeschalteten Überwachungskameras Installationskosten von 450000 € und jährlich 31000 €.

"In Freiburg hängen 500 000 Euro auf Kosten der Steuerzahler buchstäblich in der Luft", urteilt der Bund der Steuerzahler in seinem 2021 erschienenen Schwarzbuch.

Unverständlich, denn die Straftaten am Kriminalitätsschwerpunkt Bermudadreieck, haben sich kontinuierlich, bis Corona erhöht, z.B. von 2017 auf 2018 um 100 auf 1678, davon 54 Körperverletzungen. Die Messerstecherei mit Todesfolge zwischen zwei Libanesen am 09.10.2021hätte durch Aufzeichnungen zumindest besser ermittelt werden, wenn nicht in Gänze verhindert werden können. Nun hat sich sogar das Privatfernsehen mit einem Bericht namens „Behördenposse in Freiburg“ eingeschaltet.

Ebenfalls letztes Jahr sagte eine Polizeisprecherin, die Straftaten am Bermudadreieck waren nahe am Schwellenwert, ab dem der Polizei die Überwachung möglich ist. Zahlen wurden keine veröffentlicht. Das Anschalten der Videokameras erfordere laut Stadt bezugnehmend auf ein Urteil des VGH Mannheim ¼-⅓ der innerstädtischen Kriminalität an diesem Kriminalitätsschwerpunkt. Klar ist auch, dass die neue Mehrheit im Rathaus die Überwachung in Gänze ablehnt. Die AfD bleibt dran und prüft für 2022, wenn die Vorfälle erwartungsgemäß wieder steigen, dass die Kameras auch eingeschaltet werden.

Sie wollen die Opposition in Freiburg unterstützen?

Spenden Sie!

Dr. Detlef Huber

Karl Schwarz

AfD im Gemeinderat, Sparkasse Freiburg
DE56 6805 0101 0013 9583 07

Nicht abzugsfähig aber garantiert wirksam!

AfD im Stadtrat Freiburg

IMPRESSUM

Herausgeber

und für den Inhalt verantwortlich:

AfD-Gruppe im Freiburger Gemeinderat

vertreten durch den Stadtrat Dr. Detlef Huber

AfD-Gruppe
Erasmusstr. 16, 79098 Freiburg

www.afd-stadtrat-freiburg.de
gemeinderat@afd-freiburg.de

Fotos: Seite 1
Titelbild Äpfel, Steve Allen, Shutterstock
Geldscheine, R. Samborskyi, Shutterstock
Blitzerbild Freiburg, privat
Spritzenbesteck, I. Roekburi, Shutterstock

Containerkauf rechtswidrig?

War die Eilentscheidung des OB zum Containerkauf rechtswidrig?

Foto: privat

Mit Schreiben vom 14. April 2022 hat OB Horn den Gemeinderat in Kenntnis gesetzt, daß er im Wege der Eilentscheidung nach § 43 IV GemO BW Container für Flüchtlingsunterkünfte im Wert von über EUR 4,7 Millionen gekauft hat.

Dies Vorgehen ist nach Ansicht der AfD nicht von der Gemeindeordnung gedeckt. Stadtrat Dr. Huber hat den OB aufgefordert, die Zustimmung des Gemeinderates einzuholen.

Stadtrat Huber erklärt hierzu: "Bei allem Verständnis der AfD für die Bemühungen der Stadt bei der Aufnahme von ukrainischen Flüchtlingen, so berechtigt die gegenwärtige Situation in Zeiten knapper Kassen den OB nicht, wieder einmal am Gemeinderat vorbei zu agieren. Aus der Begründung der einsamen Entscheidung geht hervor, daß die Annahme der Stadt, wie viele ukrainische Flüchtlinge nach Freiburg kommen, alleine auf Prognosen „mit vielen Unsicherheitsfaktoren" beruht. Es ist schlichtweg absurd, eine Eilbedürftigkeit mit einer knappen Angebotssituation zu begründen und drohenden Preissteigerungen - zumal in Zeiten steigender Inflation. Dies hieße nichts anderes, als daß jedwede Kaufentscheidung der Stadt nunmehr eilbedürftig wäre, solange der Anbieter eine zeitliche Befristung des Angebots erklärt."

Wieder Feste feiern

Spätestens seit 2016 ist die Unbekümmertheit verschwunden. Feste, Hocks und Märkte wurden zu Sicherheitszonen, umgeben von Pollern und Schranken, geschützt von Sicherheitspersonal und Polizei.

Foto: Little Adventures, Shutterstock

Den neuen Anforderungen im immer schöneren und bunteren und besseren Deutschland sind viele Vereine und Veranstalter nicht gewachsen. Die Kosten explodieren, gleichzeitig wird in Freiburg am Vollzugsdienst gespart, weil Sicherheit nicht ins Konzept der links- bis radikalen Gemeinderatsmehrheit passt.

Folgerichtig haben nun alle Fraktionen einen Zuschuss für Freiburger Traditionsfeste und Hocks beantragt. EUR 50.000.- soll die Stadt locker machen, damit nicht noch mehr Feste abgesagt werden müssen. Ein guter und wichtiger Antrag, den die AfD auch gerne mit unterzeichnet hätte. Allerdings scheint unseren Kollegen Ideologie vor Konzept zu gehen, Ausgrenzung vor Diskurs. Das wird uns natürlich nicht daran hindern, diesem Antrag freudig zuzustimmen, da der AfD egal ist, wer einen guten Einfall hat, solange er nur Freiburg und seinen Bürgern nutzt. Feste feiern bei Viertele, einem frisch gezapften Bier, lokalen Spezialitäten, geselliges Beisammensein vor der Kulisse unserer Plätze und Kirchen ist mehr als nur Lokalkolorit. Es ist teil unserer Identität, macht Leben lebenswert. Schade, daß der Gemeinderat in seiner Gesamtheit darauf hinweisen muss und die Stadt sich nur unter Druck bewegt, um wieder Normalität zu ermöglichen.

Schöner spritzen im Colombipark?

Foto: Aldo_Parrotta, Shutterstock

Auf der Gemeinderatssitzung vom 17.05. sollte eigentlich der Umbau des Colombiparks beschlossen werden. Nach Kritik von allen Seiten, wurde die Entscheidung vertagt. Zu Recht, wie wir finden.

Geplant ist ein neuer Spielplatz, später vielleicht ein Café. Prinzipiell eine gute Sache. Wäre da nicht das Problem mit den Drogensüchtigen. Für diese möchte die Stadt eine Pergola errichten, sodass sie sich dann an einer anderen Ecke des Colombiparks aufhalten werden, Kostenpunkt EUR 800.000.- (!). Der Spielplatz hingegen ist mit lediglich 300.000 EUR veranschlagt, weniger als die Hälfte dessen was es kosten soll, schwierige Klientel ein paar Meter weiter umzuziehen und mit einem teuren Sichtschutz zu versehen.

Entweder Spielplatz oder Drogenkonsum

Wir halten das für den falschen Weg und den falschen Schwerpunkt. Wollen wir den Colombipark wirklich aufwerten, dann geht das nur, wenn es gelingt, die Drogensüchtigen aus dem Areal zu verdrängen, was schwer sein dürfte, wenn nicht auch der Kontaktladen der Drogenhilfe in der Rosastraße verlegt wird. Einen Spielplatz zu bauen in unmittelbarer Nähe eines seit langer Zeit bestehenden Treffpunkts für Drogenkranke halten wir für unzumutbar. Wir müssen uns entscheiden: Drogenumschlag- und Konsumierplatz mitten in der Stadt oder Spielplatz und Café. Beides zusammen geht nicht.

Ökoablass für Dietenbach

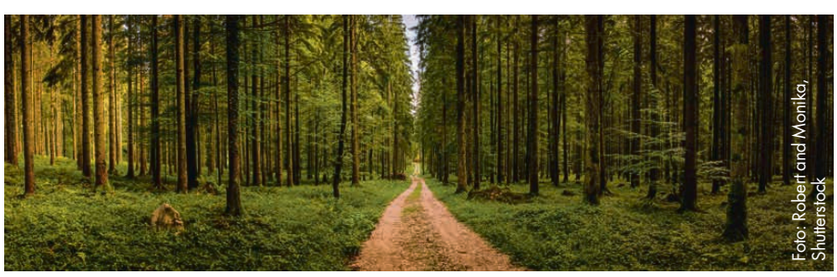


Foto: Robert and Monika, Shutterstock

Freiburg kauft sich ein Stückchen Wald. Kostenpunkt satte EUR 2,5 Millionen. Als Ausgleich für das überdimensionierte Projekt Dietenbach. Dieser Deal ist Teil eines schädlichen und unsinnigen Ökoablassystems, das alles schafft, nur keinen echten Ausgleich.

Im Gegenteil. Preise werden vom Bedarf an sog. Ausgleichsflächen getrieben. Wenn dann weniger Waldfläche bewirtschaftet wird, bedeutet dies wiederum steigende Holzpreise, da ja die Nachfrage nicht sinkt. Dieselben Politiker, die mit nachwachsenden Rohstoffen bauen wollen, dieselben Politiker, die bezahlbares Wohnen möchten, hintertreiben gerade diese Ziele in dem sie ein geradezu **perverses System des Ökoablasses** aufrecht erhalten, durch das **kein Quadratmeter mehr Natur** geschaffen wird, dafür aber die Preise für landwirtschaftliche Flächen in die Höhe treibt.

Was für die Holzwirtschaft gilt, ist für die Landwirtschaft nicht anders. Im Falle Dietenbachs und andernorts sind unsere **Landwirte gleich zweimal gekniffen**. Zuerst nimmt man ihnen Land weg und dann bekommen sie keine neuen Flächen zu verträglichen Preisen. Schließlich ist es lukrativer, eine Wiese an die Stadt Freiburg zu verkaufen, wie beispielsweise Bahlingen das für 4 Millionen Euro getan hat. Diese dann bleibt für das Geld des Steuerzahlers das, was sie war, nämlich Wiese. Hier ereilt nun einen Wald das gleiche Schicksal.

Amen.

Windindustrie zwischen Tuniberg und Breisach

Foto: pexels-brett-sayles

Wenige Bewohner der Freiburger Tuniberg-Gemeinden wissen, dass ca. 3 Kilometer entfernt 4 Windindustrieanlagen geplant sind. Mit 165m Nabenhöhe und 185m Rotordurchmesser sollen diese parallel zur B31 aufgebaut werden. Der Breisacher Gemeinderat machte vor einem Jahr den Weg frei für Messungen der sog. Windhöffigkeit, dem durchschnittlichem Windaufkommen an einem Standort. Entgegen der Stimmen der AfD und zwei weiterer Ratsmitglieder. Bürgermeister Oliver Rein (CDU) erhofft sich Einnahmen in Höhe von 230.000€. Im Rat war die Rede von einem „unglaublichen Landschaftseingriff". Vorsitzender der AfD im Breisacher Gemeinderat Volker Kempf warnte vor einem weiteren Ausbau der Windkraft als nicht grundlastfähige Art der Energieerzeugung. Zugleich wies er auf eine steigende Black-out Gefahr in Deutschland hin. Ein weiterer Kritikpunkt der AfD: für Bürger und Tiere störende Schattenbewegungen und Infraschall.

In die Öffentlichkeit wurde stets die 12 monatige Messung mit einem Messwagen kommuniziert. Tatsächlich wurde aber bereits – positive Ergebnisse der Windmessung vorausgesetzt – eine Flächenvergabe an den interessierten Investor „ Windkraft Schonach GmbH" gleich mitbeschlossen.

Im Juni meldete die „Windkraft Schonach GmbH", dass die Messergebnisse noch nicht ausreichen, um eine Aussage über die Rentabilität der geplanten Anlagen machen zu können. Gemeinderätin Martina Kempf (AfD) spricht von Windindustrieanlagen der neuen Riesengeneration mit 250m Höhe. Sie seien damit doppelt so hoch, wie der Tuniberg und versperrten die Sicht auf Schwarzwald und Vogesen. Auch die Freiburger Stadträte möchten die Gründung einer Bürgerinitiative anstoßen. Stadtrat Schwarz sagte hierzu: „Jetzt ist der richtige Moment, die Freiburger in Munzingen, Opfingen und Tiengen über dieses wahnsinnige Projekt aufzuklären".

Die AfD Stadträte in Freiburg mit der Gemeinderatsfraktion Breisach weiter versuchen, diese Pläne zu stoppen.